

sind wir der Meinung, daß die Regeln der Nichteinmischung irgendeiner Partei in die Angelegenheiten einer anderen Partei respektiert werden müssen. Das muß getan werden - man darf nicht nur darüber reden. Besonders ist Unterwanderung eine der Arbeiterbewegung unwürdige Methode.

In unserer gegenwärtigen politischen Lage hat unsere Partei erste Erfolge in der Entwicklung einer wirklichen Aktion, einer Massenaktion der Völker Flanderns und Walloniens für Frieden, sozialen Fortschritt und für antimonopolistische Strukturreformen errungen.

Heute hat sich in unserem Land ein höheres Bewußtsein hinsichtlich der Notwendigkeit des Friedenskampfes, der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz herausgebildet. Im Jahre 1962 entwickelte sich eine Bewegung, die von der belgischen Regierung eine Politik verlangt, die die Koexistenz und die Verhandlung über schwierige Probleme fordert.

Am 8. Mai fanden im ganzen Land symbolische Arbeitsniederlegungen und verschiedene Kundgebungen statt, nicht nur, um den Jahrestag des Sieges über den Hitlerimperialismus zu feiern, sondern besonders, um die Außenpolitik der Regierung in eine andere Richtung, in die Richtung auf die Unabhängigkeit von den militaristischen Kreisen der NATO und Westdeutschlands zu lenken.

Während der Krise im karibischen Raum hat die konsequente Friedenspolitik der sowjetischen Regierung die volle Billigung breiter belgischer werktätiger Schichten gefunden. Die eingefleischten Verleumder des Sozialismus und des Kommunismus haben kein Wort über die Lippen gebracht. In den politischen Kreisen zeigten sich neue Differenzierungen, die die Friedenskräfte begünstigen. Diese Kräfte sind stärker geworden.

Jetzt wird mit der Vorbereitung des großen Antiatommarsches am 24. März zur Bannung der schrecklichen Atomgefahr, für eine belgische Politik zur Einstellung der Kernwaffenversuche, für die Nichtausweitung der atomaren Bewaffnung und für die Ablehnung jeder Form von Atombewaffnung von seiten unseres Landes begonnen.

Die großen Richtlinien des Programms unserer Partei gehen davon aus, daß in den nächsten Jahren die Möglichkeit besteht, die Machenschaften der Ultras und der NATO-Kreise zurückzuweisen. In den Mittelpunkt dieser Frage stellt unsere Partei den Kampf für die Abwendung der aggressiven, militaristischen und revanchistischen Gefahr Westdeutschlands.

Wir glauben, daß es für die nächsten Jahre erforderlich sein wird, den